

Ausgabe 05/2017



Zeit für Martin - Zeit für Neues!

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

die große Koalition war nie meine politische Wunschkoalition. Sie war eine Notwendigkeit aus dem Ergebnis der Bundestagswahl 2013. Als Abgeordnete habe ich gelernt, mit meinen Kollegen von der Union so gut wie möglich auszukommen. Als SPD-Fraktion haben wir gelernt, das politisch Mögliche zu erkämpfen.

Bis zuletzt haben wir gemeinsam mit der Union viele Schritte für eine gerechtere Gesellschaft getan, manche kleiner - wie die Reform des Mutterschutzes in der vergangenen Woche - und manche größer - wie die Einführung des Mindestlohns. Diese Phase der gemeinsamen Schritte findet jetzt ihr Ende. Das Ergebnis der letzten Sitzung des Koalitionsausschusses zeigt deutlich: Die Gemeinsamkeiten in dieser Koalition sind erschöpft.

Die Union ist nicht bereit, sich für Frauen einzusetzen, denn ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit lehnt unser Koalitionspartner ab. Auch ein Ende der Diskriminierung

von Homosexuellen ist mit der Union nicht zu erreichen: Bei der Ehe für alle will oder kann sie nicht über ihren konservativen Schatten springen. Was die CDU aber weiterhin will, ist, dass Steuerzahler für die exorbitanten Managergehälter aufkommen müssen, weil sie steuerlich gefördert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich dafür eingesetzt, die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro pro Jahr zu begrenzen.

Dass wir bei allen Fragen, die ein Mehr an Gerechtigkeit bedeuten, jetzt an die ideologischen Grenzen der Union stoßen, zeigt mir, dass die große Koalition an ihr Ende kommt. Es zeigt mir auch, dass wir als SPD selbstständig und unabhängig in den Wahlkampf gehen können und sollen.

Denn: Wer Gerechtigkeit will, muss am 24. September SPD wählen!

Ihre

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Newsletter im Wahlkreisbüro von Svenja Stadler (siehe Impressum) zum regelmäßigen Bezug per E-Mail bestellen.

Einwanderungsgesetz

Zur Fachkonferenz „Einwanderung transparent regeln“ lädt die SPD-Bundestagsfraktion

am Mittwoch, 26. April 2017,
von 15 bis 18.30 Uhr

nach Berlin in den Reichstag ein, und lässt über ein Einwanderungsgesetz diskutieren. Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

Was ist eigentlich – die Ehe für alle?

Gegen Ende der 18. Legislaturperiode kocht ein Thema innerhalb der großen Koalition wieder hoch, welches schon seit langem für Debatten zwischen SPD und Union sorgt: Die Ehe für alle. Der Terminus „Ehe für alle“ beschreibt die Forderung, die Institution der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen. Bisher dürfen in Deutschland nur heterosexuelle Paare heira-

ten, zwei Männer oder zwei Frauen zusammen können stattdessen nur eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen. Das führt zu gewissen Diskriminierungen, wie zum Beispiel der, dass es für gleichgeschlechtliche Paare nahezu unmöglich ist, ein Kind zu adoptieren. Mittlerweile sind laut einer aktuellen Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes rund

82 Prozent der Deutschen dafür, die Diskriminierungen homosexueller Partnerschaften zu beenden und die Ehe für alle zu öffnen. In 14 EU-Staaten ist die Ehe für alle längst selbstverständlich. Deutschland hinkt hier also hinterher. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich weiterhin mit Nachdruck dafür ein, dass auch hier bald endlich die gleichen Rechte für alle gelten.

Schröder-Köpf beim Darius-Projekt

„Wir bräuchten einen Rucksack, aus dem je nach Bedarf die Maßnahmen entnommen werden könnten, die ein Flüchtling auf dem Integrationsweg benötigt“, sagte Doris Schröder-Köpf, SPD-Landtagsabgeordnete und Niedersachsens Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, jetzt beim Besuch des Darius-Projektes in Winsen. Träger des Flüchtlingsausbildungsprojektes ist der Kirchenkreis Winsen in Kooperation mit der Stadt Winsen. „Ich kenne das Darius-Projekt durch den regelmäßigen Austausch mit Superintendent Christian Berndt recht gut

und hielt es für angebracht, es Doris Schröder-Köpf einmal als eine Art Modellprojekt vorzustellen“, so Svenja Stadler, die die Landesbeauftragte eingeladen hatte.

Schröder-Köpf zollte den Beteiligten hohen Respekt für deren Einsatz und Kraftanstrengungen, die gute Sache am Laufen zu halten, obwohl die Umstände längst nicht optimal seien. „Wir sind de facto, allerdings nicht systemisch ein Einwanderungsland“, so die Landesbeauftragte. „Wenn die Integration der Zugewanderten aber auf lange Sicht und nachhaltig gelingen soll, muss das System ordentlich durchgerüttelt werden.“ Die Idee vom „Rucksack“, aus dem man sich Zeit oder Geld fischen kann, wann immer es nötig ist (z. B. um einen Sprachkurs zu machen) kam bei den Projekt-



In der Lehrlingsunterkunft sprechen Doris Schröder-Köpf und Svenja Stadler mit den Projekt-Teilnehmern Abraham Simon Derar (r.) und Darius Zozo.

Beteiligten gut an. Er wäre ein Gegenkonzept zu den allzu bürokratisch aufgebauten und oft hinderlichen Bestimmungen.

Nach einem Austausch in der Superintendentur, bei dem Vertreter des Kirchenkreises Winsen, der Stadt, des Herbergsvereins sowie aus den Reihen der Ehrenamtlichen mit Doris Schröder-Köpf sprechen konnten, besuchte die Landesbeauftragte noch das Lehrlingswohnheim in der Deichstraße. Dort traf sie auf mehrere Teilnehmer am Projekt, unter anderem auf den Namensgeber Darius Zozo von der Elfenbeinküste.



Projekt-Koordinator Bernd Egert erläutert den Abgeordneten in der Superintendentur die Entwicklungen und die aktuelle Situation der Maßnahmen.

LBEG und Engie stehen Rede und Antwort

Offen und transparent zeigten sich sowohl die Betreiber des Erdölförderplatzes Sinstorf, die Engie E&P Deutschland GmbH, als auch das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) unter Leitung von Präsident Andreas Sikorski.

Auf Einladung Svenja Stadlers informierte das LBEG im Fleester Hoff über seine Aufgaben und Tätigkeiten. Vorab fand eine Begehung des Engie-Betriebsplatzes Sinstorf im Beisein von Vertretern der Bürgerinitiative Kein Fracking in der Heide statt. Mitarbeiter des Betreibers Engie standen den kritischen Fragen der Bürgerinitiative Rede und Antwort und betonten ihre Bereitschaft, für Auskünfte stets zur Verfügung zu



Svenja Stadler mit den LBEG-Vertretern (v. l.) Jens von den Eichen, Andreas Sikorski und Klaus Söntgerath im Fleester Hoff.

stehen. Viel Misstrauen ließe sich damit frühzeitig unterbinden.

Am Abend in Fleestedt gaben die Vertreter des LBEG vor rund 40 Gästen einen Überblick über die im Frackingsgesetz festgelegten neuen Anforderungen an die Erdgas- und Erd-

ölförderung. Präsident Sikorski sah sich hierbei einer großen Skepsis gegenübergestellt. Als Behörde folge das Landesamt genauen Vorgaben der Überwachung und Überprüfung, die allesamt öffentlich einsehbar seien. Die richtigen Adressaten für die Kritik der Fördergegner wären allerdings die Unternehmen, die vor Ort tätig sind oder werden wollen. Zum Thema Probebohrungen im Schiefergestein (Fracking) unterstrich Sikorski die Aussage der niedersächsischen Landesregierung, diese auf keinen Fall genehmigen zu wollen.

➔ Bergbauliche und geowissenschaftliche Informationen über Orte in Niedersachsen gibt es hier:

[Nds. Bodeninformationssystem](#)

100.000 zusätzliche Kita-Plätze

Das Bundeskabinett hat kürzlich den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung beschlossen. Damit werden die Länder bis 2020 mit weiteren 1,1 Milliarden Euro unterstützt - Für 100.000 zusätzliche Kita-Plätze und für eine bessere Betreuung. Der quantitative und qualitative Ausbau der Kindertagesbetreuung in ganz Deutschland leistet einen wichtigen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Integration und für die Chancengleichheit aller Kinder. Im Unterschied zu den bisherigen Investitionsprogrammen umfasst das neue Programm nicht nur Plätze

für Kinder unter drei Jahren, sondern auch für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt. Die zusätzlichen Plätze stehen auch Kindern mit Fluchthintergrund zur Verfügung.

Für diese Kinder ist eine gute und frühzeitige Kindertagesbetreuung

der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration und somit zu gleichen Chancen.

Neben zusätzlichen Plätzen soll mit dem Investitionsprogramm auch die Qualität der Betreuungsangebote verbessert werden. So können qualitative Ausstattungsinvestitionen gefördert werden, wie zum Beispiel Sport- und Bewegungsräume. Aber auch die Einrichtung von Küchen und der Verpflegung dienenden Räumen, einer barrierefreien Ausstattung oder Räumlichkeiten für Elterngespräche oder eines Elterncafés ist zukünftig möglich.



Luther bei Gauck eingetroffen

Nachdem Svenja Stadler im Januar bereits einen Playmobil-Luther an Frank-Walter Steinmeier übergeben konnte (siehe Newsletter 2/2017), hatte jetzt sein Vorgänger das Vergnügen. Beim Empfang zur Vereidigung seines Nachfolgers traf Svenja Stadler auf Joachim Gauck und nutzte die Gelegenheit. Der ehemalige evangelische Pastor freute sich sichtlich über den mitgebrachten Luther und versprach ihm einen prominenten



Svenja Stadler bei der Übergabe des „mobilen Luthers“ an den 11. Bundespräsidenten, Joachim Gauck.



ten Platz in seinem neuen Büro. Der kleine Luther aus Playmobil ist Teil der Jubiläumsfeierlichkeiten der Kirchengemeinde Ramelsloh in Seevetal: Anlässlich des 500 Reformationsjubiläums und dem 333 Geburtstag der Gemeinde werden 333 Lutherfiguren auf die Reise um die Welt geschickt.

Alle weiteren Informationen zur Aktion und dem dazugehörigen Foto-Wettbewerb gibt es auf der Seite www.luthermobil.de.

Delegation aus Belgien

Eine Delegation der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien besuchte jetzt den Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Bundestag. Thema: die geplante Einführung von Strukturen für eine verbesserte Bürgerbeteiligung in der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. „Gespräche dieser Art können sehr ergiebig sein“, so Stadler. Der Austausch über Ländergrenzen hinweg bringe oft neue Erkenntnisse, die wichtig sind für die parlamentarische Arbeit.



Svenja Stadler mit Willi Brase (r.), Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement, und Alexander Miesen, Parlamentspräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Eine Reise für politisch Interessierte



Umringt von der Besuchergruppe aus dem Wahlkreis, die jetzt auf Einladung Svenja Stadlers drei Tage das politische Berlin kennenlernen durfte, posiert die Bundestagsabgeordnete für das Gruppenfoto, das diesmal vor dem Plenarsaal geschossen wurde.

Nach dem Einblick in eine Plenarsitzung und dem Gespräch mit der Abgeordneten konnte die Gruppe noch in die Reichstagskuppel. Auf dem weiteren Programm der Fahrt, die vom Bundespresseamt durchgeführt wird, standen außer-

dem eine ausführliche Stadtrundfahrt, eine Führung durchs Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst sowie Informationsgespräche im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und bei der Deutschen Rentenversicherung.

Aufgeschnappt

*„Du hast die Wahl.
Du kannst dir Sorgen machen, bis
du davon tot umfällst. Oder du
kannst es vorziehen, das bisschen
Ungewissheit zu genießen.“*

*Norman Mailer (1923-2007), US-amerikanischer
Schriftsteller*

Impressum

Svenja Stadler, MdB
Marktstraße 34
21423 Winsen
Tel.: (0 41 71) 6 92 90 90
Fax: (0 41 71) 6 92 90 99
Email: svenja.stadler@bundestag.de



Redaktion

Berliner Büro: M. Delius/
S. Tobiasen/A. Knobloch-
Minlend/L. Feldhaus
Wahlkreisbüro:
F. Augustin/L. Ritz
A. Wolter-Deibele

Praktikanten aus dem Wahlkreis

Gleich drei Praktikanten, alle aus Buchholz, nutzten jetzt die Gelegenheit, den Bundestag aus nächster Nähe zu erleben: Nicolas Castagne und Joschka Paul Menge absolvierten ein einwöchiges Schülerpraktikum in Svenja Stadlers Bundestagsbüro. Noch mehr exklusive Einblicke in die Arbeit einer Bundestagsabgeordneten konnte Lea Feldhaus erleben. Die Studentin der Politikwissenschaft an der Uni Bremen war einen Monat im Winsener Büro und einen Monat in Berlin. Alle drei werden hier im Newsletter auch noch von ihren Erfahrungen berichten.

*Mit der Abgeordneten im Paul-Löbe-Haus (v. l.):
Nicolas Castagne, Joschka Paul Menge und Lea
Feldhaus.*

